



# REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT MITTELTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts

## Protokoll der 22. Sitzung des Planungsausschusses

**Datum:** 11.04.2013

**Ort:** Weimar, Thüringer Landesverwaltungsamt

**Leitung:** Herr Hertwig, Vorsitzender des Planungsausschusses und Bürgermeister der Stadt Bad Sulza

**Teilnehmer:** siehe Anwesenheitsliste  
Obere Landesplanungsbehörde (Thüringer Landesverwaltungsamt):  
Herr Hosse  
Thüringer Landesverwaltungsamt, Ref. 300.3, Regionale Planungsstelle Mittelthüringen: Herr Ortmann, Herr Liebe, Frau Weiß, Frau Kolarz, Frau Kürstner (Anwärterin)

**Beginn:** 09:45 Uhr

**Ende:** 10:26 Uhr

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- TOP 1: Protokollkontrolle/Genehmigung des Protokolls der 21. Sitzung des Planungsausschusses am 14.03.2013 in Erfurt
- TOP 2: Beratung und Beschlussfassung der Stellungnahme für die RPG zum 1. Entwurf des Netzentwicklungsplanes Strom 2013
- TOP 3: Beratung und Beschlussfassung der Stellungnahme für die RPG als Zuarbeit für die Demografiestrategie der Thüringer Landesregierung
- TOP 4: Beratung und Beschlussfassung der Stellungnahme für die RPG zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie Nordhessen 2013, 1. Anhörung und Offenlegung des Entwurfs
- TOP 5: Sonstiges

Der Planungsausschussvorsitzende Herr Hertwig eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Planungsausschusses.

Herr Hertwig stellt fest, dass zur Beratung form- und fristgerecht geladen wurde. Der Planungsausschuss ist mit vier Mitgliedern beschlussfähig. Zum Tagesordnungspunkt 2 kommt Herr Beyersdorf als weiteres Mitglied hinzu.

Der Tagesordnungspunkt vier entfällt. Da mit der Region Nordhessen kein räumlicher Zusammenhang besteht und sie auch entgegen ursprünglicher Vermutung nicht zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden ist, äußert sich die Planungsgemeinschaft nicht zum Verfahren. Der Punkt 5 verschiebt sich nach vorn und wird Punkt 4. Die Tagesordnung wird mit der genannten Änderung bestätigt, es gibt keine weiteren Änderungswünsche.

### TOP 1:

Das Protokoll der 21. Sitzung des Planungsausschusses vom 14.03.2013 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen genehmigt.

**TOP 2:**

Frau Weiß erläutert das bisherige Geschehen. Aktuell befindet man sich in der Aufstellung des Netzentwicklungsplanes 2013. Zum Plan von 2012 wurde durch die RPG bereits Stellung genommen. Dieser ist nun fertig und wurde durch die Bundesnetzagentur bestätigt. Der daraus zu entwickelnde Bedarfsplan ist derzeit im Gesetzgebungsverfahren in der zweiten Lesung. Er wird anschließend als Gesetz erlassen. Im Gesetz enthalten sind die Maßnahmen, die die Bundesnetzagentur von 2012 bestätigt hat. Gleichzeitig befindet sich die Bundesfachplanung für die bestätigten, Ländergrenzen überschreitenden Maßnahmen in Vorbereitung. Zunächst werden Grobkorridore festgelegt. Die Bundesnetzagentur legt dazu die Kriterien fest. Die Obere Landesplanungsbehörde hatte bereits Einblick in den Kriterienkatalog und bedauert, dass keine gesamtgesellschaftliche Diskussion stattfinden wird. Schön wäre gewesen, das Verfahren weiterhin so transparent zu gestalten wie bisher. Ab Herbst läuft dann das Beteiligungsverfahren der Bundesfachplanung.

Derzeit läuft die Beteiligung zum ersten Entwurf des Netzentwicklungsplanes 2013, gleichzeitig aber auch schon die Konsultation zum Szenariorahmen des Planes für 2014. Frau Weiß bemängelt die sehr dicht gedrängte Abfolge von Verfahren. Die Netzbetreiber wollen aber versuchen, auf die Bundesregierung dahingehend einzuwirken, dass in einen zweijährigen Turnus übergegangen wird.

Von den im Entwurf des Netzentwicklungsplans 2012 enthaltenen Maßnahmen ist die Trasse von Altenfeld nach Grafenrheinfeld die einzige nicht bestätigte Maßnahme in Thüringen. Herr Dr. Warweg fragt nach, ob es bei den neu zu bauenden Gleichstromtrassen ein Raumordnungsverfahren geben wird. Frau Weiß erläutert, dass es kein Raumordnungsverfahren im klassischen Sinne durch die Länder geben wird, sondern ein ähnliches Verfahren, welches durch die Bundesnetzagentur durchgeführt wird. Da mehrere Länder übergreifend betroffen sind, wäre ein Raumordnungsverfahren durch das Land selbst nicht sinnvoll. Herr Dr. Warweg fragt nach, ob eine Beteiligung trotzdem stattfinden wird. Dies bestätigt Frau Weiß. Sie erläutert außerdem, dass der Netzentwicklungsplan 2013 einige Neuerungen aufweist. Ungewollte Leitungsflüsse (sogenannte Ringflüsse) werden reduziert: Große Mengen an Strom werden von Norden nach Süden und dabei bisher über die östlichen Länder (Polen, Tschechien, Österreich) geleitet. Aus diesem Grund wurden jetzt Blocker eingebaut. Daraus folgt, dass die Gleichstromleitung im Korridor D verdoppelt werden muss auf 4 GW.

Im Vergleich zum Plan von 2012 geht man von einer höheren Windenergieerzeugung aus. Neu sind außerdem die Sensitivitätsbetrachtungen, zu der die Netzbetreiber von der Bundesnetzagentur verpflichtet wurden, und die bis Juli 2013 vorliegen. Diese sind notwendig zu den Themen Absenkung des Netto-Stromverbrauchs, Abschneiden von Energie-Spitzen (insbesondere bei der Windenergie) und zu einer veränderten Verteilung des Zubaus bei den Erneuerbaren Energien.

Neu ist, dass die Maßnahmen im Netzentwicklungsplan unterteilt werden in vordringliche Maßnahmen und Maßnahmen zur Beobachtung. Die Streckenverbindung von Altenfeld nach Grafenrheinfeld ist eine Maßnahme zur Beobachtung. Die Planungsstelle schlägt in ihrer Stellungnahme vor, dort keine neue Trasse zu bauen, sondern nur das Netz zu verstärken.

Herr Dr. Warweg fragt nach, inwieweit z. B. die Bestrebungen des bayerischen Ministerpräsidenten, Bayern bis 2025 energieautark zu gestalten, in die Netzbetrachtungen mit einfließen müssten. Frau Weiß sieht dieses Ziel aus fachlicher Sicht zu hoch angesetzt an. Eine Energie-Autarkie wäre außerdem nur rein rechnerisch möglich. Es wird immer Tage geben, an denen weder die Sonne scheint, noch der Wind weht, und man auf fremden Strom angewiesen sein wird. Sie sieht den Kern der Aussage lediglich als politische Zielsetzung an. Herr Dr. Warweg kritisiert jedoch, dass in der Bundesrepublik Deutschland immer mehr Netze ausgebaut werden, die nicht gewollt sind, und außerdem immer mehr Strom produziert wird, als unbedingt benötigt. Deutschland sei in allen Szenarien Netto-Exporteur. Herr Dr. Scheller erläutert, dass man zwar in Deutschland den Export senken will, dem aber entgegensteuert, indem man die Netze weiter ausbaut. Es werden keine verschiedenen Szenarien durchgespielt, sondern immer nur der Status quo analysiert. Herr Dr. Warweg regt an, in die Stellungnahme noch folgenden Satz aufzunehmen: „Im Rahmen der Sensitivitätsbetrachtungen müssen diese politischen und gesellschaftlichen Faktoren stärker mit berücksichtigt werden.“

Frau Weiß schlägt vor, diesen Satz erst in die Stellungnahme für den Szenariorahmen 2014 einzuarbeiten.

Dem Planungsausschuss liegt die Vorlage PLA 28/04/13 vor. Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Auch die Frage, ob die Stellungnahme veröffentlicht werden darf, wird einstimmig bejaht.

### TOP 3

Herr Minister Carius (Thüringer Minister für Bau, Verkehr und Landesentwicklung) hat die RPG in einem Schreiben dazu aufgefordert, Stellung zur Demografiestrategie der Thüringer Landesregierung zu nehmen. Er stellte fünf Fragen, die in einem Schreiben des Vorsitzenden des Planungsausschusses münden.

Die Details der Beschlussvorlage werden von Herrn Liebe nochmals dargestellt. Herr Dr. Warweg macht eine Anmerkung zur Beschlussvorlage (erster Satz der Begründung). Er findet den Ausdruck „Rahmenbedingung“ nicht korrekt, da sie immer etwas Konstantes ist. Die Demografie ist aber eben nicht konstant, sie ist variabel. Daher schlägt er vor, das Wort „Rahmenbedingung“ in „Parameter“ zu ändern.

Herr Dr. Scheller gibt zu bedenken, dass im Schreiben an Herrn Carius der Eindruck entsteht, ganz Thüringen habe ein Bevölkerungsproblem. Er schlägt vor, einen weiteren Satz hinzuzufügen: „Zuzüge aus dem In- und Ausland werden den Bevölkerungsmangel und den zukünftigen Fachkräftemangel in strukturschwachen Gebieten nicht kompensieren können.“

Herr Jacob merkt an, dass man vor allem auch eine bessere Finanzierung der Kommunen benötigt, um den erforderlichen Eigenanteil zur Beantragung von Fördermitteln überhaupt erbringen zu können. Herr Liebe erläutert, dass bereits im Punkt drei erwähnt wurde, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Man kann aber eine entsprechende Ergänzung bei der Beantwortung der Frage 5 vornehmen.

Die Vorlage PLA 27/3/13 wird abschließend mit den vorgeschlagenen Änderungen einstimmig angenommen.

### TOP 4

Am 13.06.2013 findet die nächste Sitzung der Planungsversammlung statt. Sitzungsort ist Tambach-Dietharz. Die Sitzung kann zweigeteilt werden: Um 9:00 Uhr könnte der Standort des geplanten Pumpspeicherwerks Schmalwasser besichtigt und erläutert werden. Ab 10:30 Uhr fände dann die Sitzung statt. Die Planungsstelle versendet für diesen Fall die Einladungen und bittet um Bestätigung oder Absage der Teilnahme, sodass die Veranstaltung genau geplant werden kann. Das Raumordnungsverfahren bezüglich des Pumpspeicherwerks wird voraussichtlich im Mai starten. Gleichzeitig wird das Zielabweichungsverfahren laufen, sodass beide Ausschüsse betroffen sein würden. Die Thematik könnte daher geeigneter Weise in der Planungsversammlung ein Tagesordnungspunkt werden.

Zum Szenariorahmen des Netzentwicklungsplanes 2014 muss bis spätestens 17.05.2013 eine Stellungnahme durch die RPG erfolgen. Die nächste Sitzung des Planungsausschusses findet daher am 08.05.2013 um 9:30 Uhr in Weimar im Landesverwaltungsamt statt.

Abschließend bedankt sich Herr Hertwig bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

protokolliert:

bestätigt:

gez. Kürstner

gez. Hertwig